

Presseerklärung Bunte Linke/Die Linke zum Abzug der US-Army

24.6.2010

„Es wird Zeit, dass jetzt Plan B aus der Schublade gezogen wird. Plan A – den Abzug mit allen Mitteln zu verhindern - ist gründlich gescheitert.“ reagiert Arnulf Weiler-Lorentz, Stadtrat der Bunten Linken/Die Linke auf die Nachricht aus dem Rathaus, dass die schon 2004 angekündigten Pläne zum Abzug der US-Streitkräfte jetzt präzisiert wurden und die baldige Umsetzung angekündigt ist. Wenig hilfreich sei die persönliche Enttäuschung und Betroffenheit, die Oberbürgermeister Eckart Würzner in einer ersten Presseerklärung äußerte. Für die städtischen Finanzen und die gesamtwirtschaftliche Situation der Stadt sieht die Bunte Linke/Die Linke im Gegensatz zu Würzner im Abzug mehr Chancen als Gefahren. „Allerdings wird dies große Anstrengungen erfordern“, so BL/LI-Stadträtin Hilde Stolz. Gefragt sind Ideen und Konzepte, die einen Umbau der US-Siedlungen in integrierte und gefragte Wohnquartiere, Freizeitanlagen und Arbeitsstätten gewährleisten.“ Der Abzug werde den Heidelberger Wohnungsmarkt entlasten und den Weg freimachen für den Zuzug von einigen tausend Berufs- und Ausbildungspendlern. Auch für die Einnahmeseite des städtischen Haushalts sieht die Stadträtin mehr Chancen als Risiken. Im Gegensatz zu den US-Amerikanern würden die neuen Bürger in Heidelberg nicht nur leben und arbeiten sondern auch Steuern bezahlen. Darüber hinaus würden die Finanzausweisungen von Bund und Land an die Stadt erhöht.

„Wie wir erwartet hatten, waren die von OB Würzner ergriffenen Maßnahmen wirkungslos“ konstatiert Bernd Zieger, Sprecher der Bunten Linken. Man könne eine Entscheidung der US-amerikanischen Regierung in dieser Sache nicht mit pressewirksam in Szene gesetzten Reisen und persönlicher Vorsprache in Washington und auch nicht mit von der Stadt bezahlten Lobbyisten vor Ort abwenden. Das hierzu bezahlte Geld und die eingesetzten Ressourcen der Stadt hätten besser frühzeitig zur Vorbereitung der Zeit nach dem Abzug verwendet werden sollen. Es komme jetzt wie von Anfang an angekündigt: Beginn des Abzugs 2010/11 und nahezu kompletter Abzug bis 2015. Für Bunte-Linke-Mitglied und Sprecher des Heidelberger Anti-Kriegsforums Joachim Guilliard war ohnehin unbegreiflich, weshalb sich die Stadtspitze so vehement gegen den Abzug sperren wollte: "Die in Heidelberg ansässigen Hauptquartiere der US-Armee sind unmittelbar an Kriegen beteiligt, die - wie etwa der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak - eindeutig gegen internationales Recht und die deutsche Verfassung verstoßen und Hunderttausende Opfer forderten. Für uns als Heidelberger wird es eine große Erleichterung bedeuten, bald nicht mehr hautnah und alltäglich mit Soldaten konfrontiert zu sein, die aktuell Krieg führen.“ Auch nach einem Umzug nach Wiesbaden werde allerdings weiterhin von deutschem Boden aus Krieg geführt werden. Deshalb stelle sich die Bunte Linke hinter die Forderung der Friedensbewegung nach einem vollständigen Abzug aller US-Truppen aus Deutschland.

Bereits 2005 und wieder bei der gemeinderätlichen Diskussion der Situation Ende 2008/ Anfang 2009 habe die Bunte Linke die Ausarbeitung von Konzepten für die weitere Nutzung der US-Liegenschaften gefordert, die sich mit dem großteils einfachsten Wohnstandard und der monotonen Siedlungsstruktur auseinandersetzen. Entsprechende Ideen und Konzepte müssten unterschiedliche Wohnformen und abwechslungsreiche Wohnquartiere durch Bauherrngemeinschaften und genossenschaftlichem Wohnungsbau einbeziehen. Andere Städte hätten mit großem Erfolg Kasernengebiete zu ansprechenden, hochwertigen Wohngebieten aufgewertet (Tübingen, Karlsruhe) oder planten bereits lange vor dem möglichen Abzug der US-Soldaten. Heidelbergs Stadtspitze aber habe bisher nur auf den Verbleib der militärischen Einrichtungen in der Stadt spekuliert und Zeit für Planungen vertan. „Mit diesem rückwärtsgewandten Denken, das zeit- und kostenaufwändig war, muss endlich Schluss sein. Jetzt gilt es nach vorne zu sehen und endlich zu handeln.“ so Roswitha Claus, Mitglied der Bunten Linken.

Bunte Linke/Die Linke, 24.06.2010